

■ KRÄFTIGER KONJUNKTURAUF- SCHWUNG MILDERT DIE GRAVIE- RENDEN BUDGETPROBLEME

PROGNOSE FÜR 2000 UND 2001

Die Konjunkturindikatoren weisen steil aufwärts. Das WIFO hebt deshalb seine Wachstumsprognose auf 3,5% für 2000 und 3,2% für 2001 an. Diese Beschleunigung hat positive Auswirkungen auf das Budget und den Arbeitsmarkt. Allerdings birgt der Aufschwung zunehmende Inflationsrisiken.

Die Konjunktur gewinnt deutlich an Schwung. Heuer wird die österreichische Wirtschaft um 3,5% und nächstes Jahr um 3,2% wachsen. Der Export profitiert von der erstarkten europäischen Nachfrage und vom niedrigen Euro-Kurs. Europa wird für internationale Investoren immer attraktiver. Im kommenden Jahr dürfte das Wirtschaftswachstum der Euro-Zone jenes der USA überflügeln.

Der Exportboom und die optimistischen Aussichten stimulieren auch die Investitionstätigkeit in Österreich. Die Industrieunternehmen planen, ihre Investitionen heuer um eine zweistellige Rate zu steigern. Der private Konsum floriert ebenfalls, zusätzlich unterstützt durch den Einkommensschub infolge der Steuerreform und des „Familienpakets“. Die Pkw-Neuzulassungen stagnieren jedoch nach einem erheblichen Anstieg im vergangenen Jahr.

Das kräftige Wirtschaftswachstum gibt dem Arbeitsmarkt in Österreich und in der gesamten EU starke Impulse. Die hohe Arbeitslosigkeit dürfte demnach – mehr noch als aus rigiden Arbeitsmarktstrukturen – aus der verhaltenen Wirtschaftsentwicklung im letzten Jahrzehnt resultieren. Die Beschäftigung wird heuer und im nächsten Jahr um rund 40.000 zuehmen, dazu kommen etwa 10.000 zusätzliche geringfügige Beschäftigungsverhältnisse pro Jahr. Die Produktivität je Vollzeiterwerbstätigen steigt 2000 mit +2½% relativ kräftig, wie es im Aufschwung üblich ist.

Die Arbeitslosigkeit geht noch stärker zurück, als dies die Beschäftigungsentwicklung erwarten ließe. Der Rückgang der Arbeitslosen entspricht etwa dem Zuwachs an inländischen Beschäftigten d. h. das inländische Arbeitskräfteangebot steigt trotz Hochkonjunktur wenig. Die Zahl der Arbeitslosen wird heuer erstmals seit 1992 die Grenze von 200.000 unterschreiten und nächstes Jahr weiter auf rund 180.000 sinken. Die Arbeitslosenquote liegt gemäß Eurostat im Jahr 2000 bei etwa 3,5%, der Zielwert laut dem Nationalen Aktionsplan für

Die Konjunkturprognose entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

Hauptergebnisse der Prognose

	1997	1998	1999	2000	2001	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 1,2	+ 2,9	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,2	
Nominell	+ 2,8	+ 3,5	+ 3,0	+ 5,0	+ 4,7	
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,3	+ 6,3	+ 5,0	
Private Konsumausgaben, real	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,6	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 0,8	+ 6,8	+ 2,9	+ 4,3	+ 3,7	
Ausrüstungen ²⁾	+ 4,6	+10,6	+ 5,5	+ 8,5	+ 7,0	
Bauten	- 1,6	+ 4,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	
Warenxporte ³⁾						
Real	+16,5	+ 8,1	+ 6,9	+10,0	+ 8,8	
Nominell	+16,8	+ 8,4	+ 7,0	+11,1	+ 9,9	
Warenimporte ³⁾						
Real	+ 9,4	+ 7,1	+ 5,4	+ 9,0	+ 7,0	
Nominell	+10,9	+ 6,6	+ 6,7	+10,6	+ 8,6	
Handelsbilanzsaldo ³⁾	Mrd. S	-75,2	-67,4	-69,5	-73,0	-67,5
	Mrd. Euro			- 5,0	- 5,3	- 4,9
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. S	-64,1	-59,7	-74,6	-77,9	-75,1
	Mrd. Euro			- 5,4	- 5,7	- 5,5
	in % des BIP	- 2,5	- 2,3	- 2,8	- 2,8	- 2,5
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	5,7	4,7	4,7	5,6	5,5
Verbraucherpreise		+ 1,3	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,0	+ 1,7
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾		4,4	4,5	3,7	3,5	3,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		7,1	7,2	6,7	5,9	5,3
Unselbständig Beschäftigte ⁷⁾		+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,3
Finanzierungssaldo des Staates	in % des BIP	- 1,9	- 2,5	- 2,0	- 1,8	- 1,4

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Österreich. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Laut Eurostat. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Präsenzdienster und Bezieher von Karenzgeld.

2002 wird also bereits zwei Jahre früher erreicht. Diese Berechnungsmethode der Arbeitslosenquote (gemäß Eurostat) ist allerdings umfangreichen Revisionen unterworfen und damit nicht sehr verlässlich.

Das Defizit im Staatshaushalt ist zweifellos das wirtschaftspolitische Kernproblem in Österreich. Die kräftige Konjunktur mildert etwas die massiven Budgetprobleme, die heuer durch die nicht bedeckte Steuerreform und das „Familienpaket“ entstanden sind. Für den Gesamtstaat kann durch die Beschleunigung der Konjunktur eine Verringerung des Defizits um 5 bis 6 Mrd. S gegenüber der bisherigen Schätzung erwartet werden. Das Maastricht-Defizit dürfte heuer bei rund 1¾% des BIP liegen und damit annähernd dem im Stabilitätsprogramm definierten Wert entsprechen, allerdings großteils infolge von Einmalmaßnahmen.

Im nächsten Jahr ist mit einer höheren „Wachstumsdividende“ zu rechnen, die Prognose des nominellen BIP-Wachstums für 2001 wurde um ½ Prozentpunkt hinaufrevidiert. Neben höheren Lohnsteuereinnahmen werden mit der üblichen Verzögerung auch höhere Einnahmen aus Einkommen- und Körperschaftsteuer anfallen. Für 2001 kann keine Budgetprognose erstellt werden, da noch kein Bundesvoranschlag vorliegt. Den politischen Ankündigungen entsprechend wurde die technische Annahme getroffen, dass die Staatsausgaben spürbar eingeschränkt werden, um dem Stabilitätsprogramm zu genügen.

Die Inflationsrisiken nehmen im Aufschwung allmählich zu, sie bleiben jedoch geringer als in vergangenen

Hochkonjunkturphasen, weil der Arbeitsmarkt noch nicht so angespannt ist und die Geldpolitik schon frühzeitig bremst. Die Inflationsrate wird heuer auf etwa 2% steigen und nächstes Jahr wieder auf 1½% bis 1¾% zurückgehen, da von den Energiepreisen 2001 kein neuerlicher Beitrag zum Preisauftrieb zu erwarten ist. Die privaten Haushalte profitieren weiter von Preissenkungen infolge der Liberalisierung des Telekommunikations- und des Strommarktes, und der Wohnungsüberhang drückt die Mieterhöhungen. Der zu erwartende Rückgang der Teuerungsrate im nächsten Jahr verdeckt jedoch, dass die „Kerninflation“ (ohne Energie und Nahrungsmittel) deutlich steigt: von 0,8% 1999 auf 2% 2001.

Für die weitere Entwicklung der Inflationsrate wird auch entscheidend sein, in welchem Ausmaß die Energieverteuerung sowie die Erhöhung von indirekten Steuern und Gebühren auf die Löhne weitergewälzt werden und damit zu neuen Preissteigerungen Anlass geben können. Zum Zeitpunkt der Lohnrunde dürfte die Inflationsrate gerade ihren Höhepunkt erreichen.

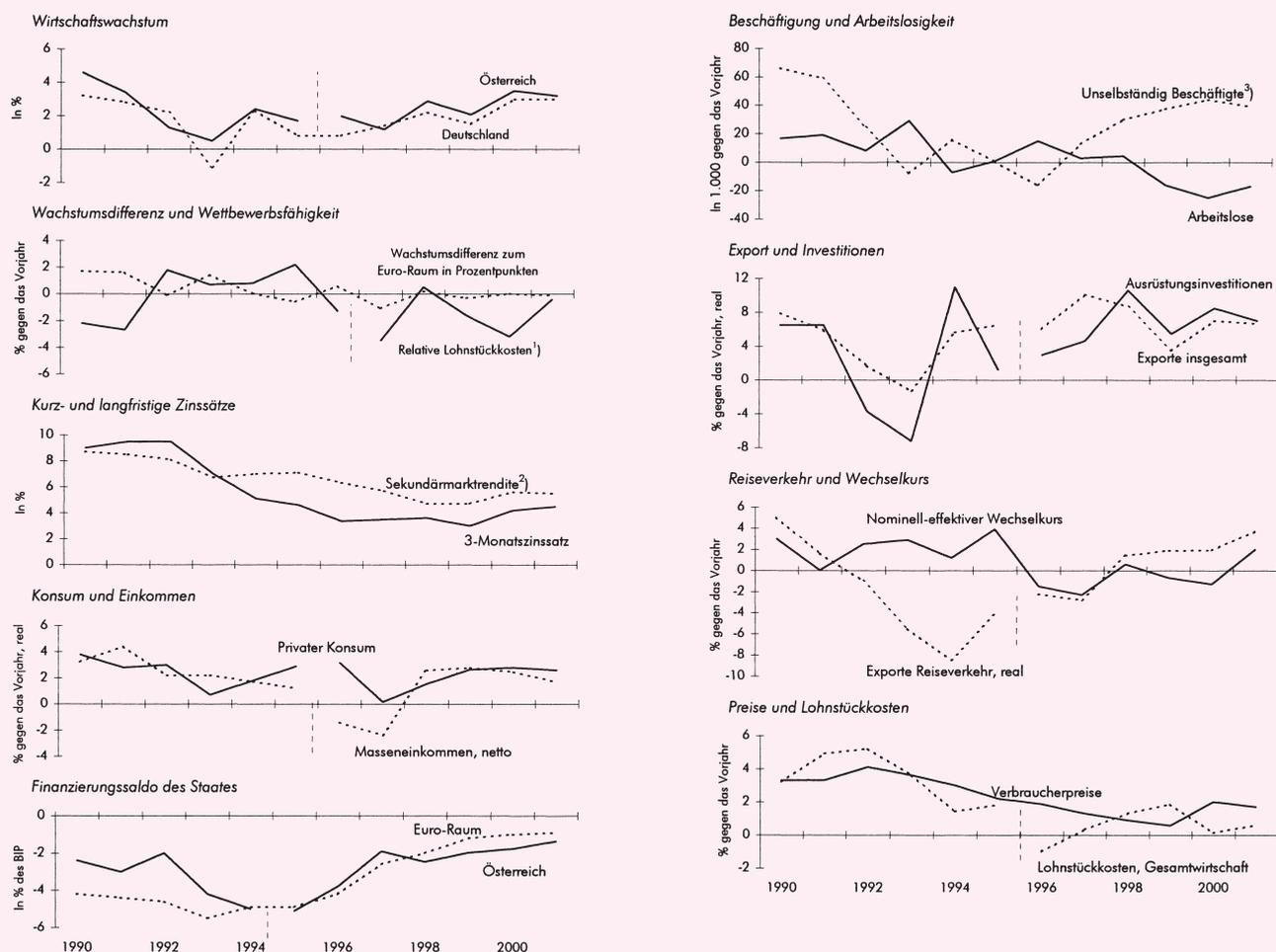
BUDGETKONSOLIDIERUNG ALS ZENTRALES WIRTSCHAFTSPOLITISCHES PROBLEM

Die Nettokreditaufnahme aller öffentlichen Haushalte wird heuer bei rund 1¾% des BIP liegen und damit etwa der im Stabilitätsprogramm festgesetzten Marke entsprechen. Die Konjunkturbelebung verbessert den Finanzierungssaldo aller öffentlichen Haushalte gegenüber den bisherigen Annahmen um etwa 5 bis 6 Mrd. S, im nächsten Jahr um 8 bis 10 Mrd. S.

Zu den wichtigsten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zählt die Budgetpolitik. Der Staatshaushalt wirkt heuer deutlich expansiv auf Kaufkraft und Wirtschaftswachstum, weil die Kosten der Steuerreform und des „Familienpakets“ großteils durch Einmalmaßnahmen ausgeglichen werden, die kaum nachfragewirksam sind. Im nächsten Jahr sind dauerhafte Ausgabeneinschränkungen zu erwarten, der Staatshaushalt wird deshalb restriktiv wirken. Aus konjunktureller Sicht wäre nicht erst 2001, sondern schon 2000 eine restriktive Linie der Budgetpolitik angebracht, die Phase guter Konjunktur bietet sich zur Budgetkonsolidierung an.

Das strukturelle Defizit der öffentlichen Haushalte dürfte heuer annähernd dem unbereinigten Defizit (1,8% des BIP) entsprechen, weil sich die Lücke zwischen tatsächlichem und potentielltem Output („Potential Output Gap“) durch das rasche Wirtschaftswachstum weitgehend

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik



Bruch: ESVG 1979/ESVG 1995. – ¹⁾ In der verarbeitenden Industrie, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ³⁾ Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzgeld.

schließt. Die Berechnungen des Potential Output weisen jedoch eine große Variationsbreite auf.

Die Beschleunigung der Konjunktur und des Preisauftriebs bringt dem Staatshaushalt eine „Wachstumsdividende“. Vor allem die Lohn- und Gehaltssumme steigt stärker als bisher erwartet. Dies hat höhere Lohnsteuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge zur Folge und drückt den Bundesbeitrag zu den Pensionen. Die Zunahme des privaten Konsums lässt die Einnahmen aus Verbrauchsteuern etwas überdurchschnittlich steigen (die Aufkommenselastizität ist jedoch gering). Der Rückgang der Arbeitslosigkeit verringert überdies die Zahlungen für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe. Insgesamt dürfte die günstigere Konjunkturlage den gesamten Staatshaushalt gegenüber früheren Schätzungen 2000 um 5 bis 6 Mrd. S verbessern.

Für das Jahr 2001 liegt noch kein Bundesvoranschlag vor, eine Budgetprognose kann deshalb nicht erstellt werden. Der Finanzminister hat allerdings angekündigt, dass er den Konsolidierungskurs im kommenden Jahr verschärfen wird. Das WIFO geht deshalb von der technischen Annahme aus, dass 2001 ein Konsolidierungspaket mit rund 10 Mrd. S saldenwirksam wird. Aufgrund

der Konjunkturbeschleunigung dürfte das Budgetdefizit 2001 um 8 bis 10 Mrd. S niedriger sein als nach den bisherigen Schätzungen. Unter diesen Annahmen könnte das Defizit aller öffentlichen Haushalte nächstes Jahr das Ziel des Stabilitätsprogramms ($-1\frac{1}{2}\%$ des BIP) erreichen. Zusätzliche Ausgaben, wie sie im Regierungsprogramm angekündigt werden, sind in dieser Schätzung allerdings nicht enthalten. Überdies sind die Einnahmen aus Einmalmaßnahmen (Versteigerung von Mobiltelefonie-Lizenzen, Verkauf von Bundesimmobilien) schwierig zu schätzen.

RESTRIKTIVERER KURS DER GELDPOLITIK

Die europäische Zentralbank schwenkte von einem expansiven auf einen neutralen Kurs der Geldpolitik ein, um Inflationsgefahren vorzubeugen. Sie hat die Leitzinsen seit dem Herbst 1999 um $1\frac{1}{2}$ Prozentpunkte angehoben. Die Energieverteuerung, der sinkende Euro-Kurs und der kräftige Konjunkturaufschwung in der EU sind die Hauptgründe für diesen geldpolitischen Kurs.

Die Anhebung der Leitzinsen seit dem Herbst ging über die Beschleunigung der Inflation hinaus, sodass auch

Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	1999	2000	2001	1999	2000	2001
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Real (zu Preisen von 1995)						
Land- und Forstwirtschaft	62,0	60,8	60,8	+ 3,0	- 2,0	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	506,5	538,4	565,3	+ 2,3	+ 6,3	+ 5,0
Energie- und Wasserversorgung	70,7	72,1	73,6	- 0,6	+ 2,0	+ 2,0
Bauwesen	192,9	194,8	196,8	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0
Handel ²⁾	318,9	330,7	341,6	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,3
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	92,5	94,8	98,1	+ 3,0	+ 2,5	+ 3,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	201,1	211,1	221,7	+ 4,5	+ 5,0	+ 5,0
Kreditinstitute und Versicherungen	189,1	193,9	198,7	- 1,6	+ 2,5	+ 2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	344,9	358,0	370,6	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,5
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	159,3	160,9	162,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen	322,2	328,6	335,2	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	2.460,2	2.544,2	2.624,9	+ 2,1	+ 3,4	+ 3,2
Bruttoinlandsprodukt	2.573,8	2.664,0	2.749,0	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,2

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

die realen kurzfristigen Zinssätze stiegen. Im Gegensatz zu den USA liegen sie jedoch noch deutlich unter den langfristigen Zinssätzen. Trotz dieser restriktiveren Linie ist die Liquiditätsversorgung in der EU reichlich. Von den Zinssteigerungen sind keine spürbaren Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung zu erwarten.

Da die Inflationsrate in der EU im Jahr 2001 wegen der Beruhigung der Energiepreise zurückgehen dürfte, ist keine weitere Straffung der Geldpolitik zu erwarten. Die kurz- und langfristigen Zinssätze werden sich wahrscheinlich nicht stark verändern. Die WIFO-Prognose unterstellt eine Festigung des Euro-Kurses im kommenden Jahr.

UNGEBROCHENER KONJUNKTURAUF-SCHWUNG IN EUROPA

Die Weltwirtschaft befindet sich heuer in einem kräftigen Aufschwung¹⁾. In den USA beschleunigte sich das Wachstum trotz mehrfacher Zinserhöhungen, und in Südostasien wurde die Finanzkrise überwunden. Nur in Japan stagniert die Wirtschaft, seit die fiskalischen Impulse weggefallen sind.

In der EU boomt der Export, gestärkt durch den niedrigen Euro-Kurs. Aber auch die Investitionen zogen kräftig an. Europa ist für internationale Investoren durch die Kombination aus schwachem Euro und günstigen Wirtschaftsaussichten besonders attraktiv geworden. Im nächsten Jahr wird der Konjunkturaufschwung unver-

¹⁾ Siehe Breuss, F., „Wirtschaftswachstum in Europa rascher als in den USA? Weltkonjunktur im Aufschwung“, WIFO-Monatsberichte, 2000, 73(6).

Entwicklung der Nachfrage

	1999	2000	2001	1999	2000	2001
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Real (zu Preisen von 1995)						
Konsumausgaben insgesamt	1.938,3	1.977,0	2.017,8	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1
Private Haushalte ¹⁾	1.435,5	1.475,7	1.514,0	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,6
Staat	502,8	501,3	503,8	+ 1,0	- 0,3	+ 0,5
Bruttoinvestitionen	620,6	658,6	687,9	- 0,1	+ 6,1	+ 4,5
Bruttoanlageinvestitionen	623,4	650,0	674,1	+ 2,9	+ 4,3	+ 3,7
Ausrüstungen ²⁾	270,9	294,0	314,5	+ 5,5	+ 8,5	+ 7,0
Bauten	352,5	356,0	359,6	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
Vorratsveränderung ³⁾	- 2,8	8,6	13,8			
Statistische Differenz	- 6,7	0,0	0,0			
Inländische Verwendung	2.552,2	2.635,6	2.705,8	+ 1,4	+ 3,3	+ 2,7
Exporte	1.185,7	1.268,8	1.353,2	+ 3,5	+ 7,0	+ 6,6
Reiseverkehr	133,4	136,0	141,0	+ 1,9	+ 1,9	+ 3,7
Minus Importe	1.164,1	1.240,4	1.309,9	+ 1,9	+ 6,5	+ 5,6
Reiseverkehr	103,9	105,3	108,4	- 2,3	+ 1,4	+ 2,9
Bruttoinlandsprodukt	2.573,8	2.664,0	2.749,0	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,2
Nominell	2.688,7	2.822,1	2.954,6	+ 3,0	+ 5,0	+ 4,7
Mrd. Euro	195,4	205,1	214,7			

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

mindert anhalten. Ein BIP-Wachstum von rund 3½% ist für die Euro-Zone in beiden Jahren möglich. Die Wachstumsrate nähert sich damit jener der USA und dürfte sie 2001 wahrscheinlich überflügeln. Der Nachholbedarf an Investitionen im Informations- und Kommunikationssektor liefert zusätzliche Impulse.

In Deutschland kommt die Wirtschaftsentwicklung nunmehr ebenfalls besser voran, im I. Quartal war das BIP-Wachstum etwa gleich hoch wie im Durchschnitt der Euro-Zone. Die Direktinvestitionen der USA in Deutschland haben stark zugenommen. Mit dem Konjunkturaufschwung in der EU gewinnt auch die Expansion in Ost-Mitteuropa an Schwung, ein BIP-Wachstum von 4% bis 5% ist für diese Ländergruppe zu erwarten.

EXPORT- UND INVESTITIONSBOOM

In Österreich hat der stärkste Konjunkturaufschwung seit Anfang der neunziger Jahre eingesetzt. Das reale BIP wuchs im I. Quartal 2000 um fast 4%, der nominelle Export sogar mit zweistelligen Raten. Die Warenexporte werden heuer real um 10% zunehmen, nächstes Jahr nur geringfügig schwächer. Die Verbesserung der Lohnstückkostenposition der heimischen Industrie lässt leichte Marktanteilsgewinne im laufenden und kommenden Jahr erwarten.

Angesichts der lebhaften Auslandsnachfrage werden die Investitionen für das Jahr 2000 kräftig erhöht: Im WIFO-Investitionstest melden die Industrieunternehmen für das Jahr 2000 zweistellige Zuwächse.

Saisonbereinigt stieg das reale Brutto-Inlandsprodukt im IV. Quartal 1999 und im I. Quartal 2000 jeweils um 1,0%. Die Prognose von 3,5% für 2000 impliziert, dass die Wirtschaft von Quartal zu Quartal um 0,6% wächst. Dies ist eine eher vorsichtige Annahme, eine raschere Expansion ist nicht auszuschließen.

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1997	1998	1999	2000	2001
	Mrd. S				
Budgetpolitik					
Finanzierungssaldo des Bundes	-66,7	-77,2	-64,9	-60,0	
	In % des BIP				
Finanzierungssaldo des Bundes	- 2,6	- 3,0	- 2,4	- 2,1	
Finanzierungssaldo des Staates	- 1,9	- 2,5	- 2,0	- 1,8	- 1,4
Primärsaldo des Staates	2,0	1,5	1,9	2,2	2,8
	In %				
Geldpolitik					
Dreimonatszinssatz	3,5	3,6	3,0	4,2	4,5
Sekundärmarktrendite ¹⁾	5,7	4,7	4,7	5,6	5,5
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Effektiver Wechselkurs					
Nominell	- 2,3	+ 0,6	- 0,7	- 1,3	+ 2,0
Real	- 3,4	- 0,2	- 1,5	- 1,5	+ 1,6

¹⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Im I. Quartal wuchs das BIP in Österreich um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte rascher als im Durchschnitt der Euro-Zone. Auf makroökonomischer Ebene sind somit keine Auswirkungen der EU-Sanktionen zu erkennen. Mögliche Effekte beschränken sich auf Einzelfälle, vor allem im Konferenztourismus.

Das Leistungsbilanzdefizit bleibt hoch, weil die rege Inlandsnachfrage auch die Importe ankurbelt. Heuer wird die Handelsbilanz insbesondere durch die hohen Erdölpreise belastet. Die Faktoreinkommensbilanz wird sich, wie schon in den letzten Jahren, weiter verschlechtern.

KONSUMSCHUB DURCH STEUERREFORM UND „FAMILIENPAKET“

Die Zunahme der Kaufkraft der privaten Haushalte hat heuer eine kräftige Ausweitung der Konsumausgaben zur Folge. Steuerreform und „Familienpaket“ tragen wesentlich dazu bei, belasten aber gleichzeitig das Budget massiv.

Die realen Nettomasseneinkommen steigen heuer infolge der Steuerreform und des Familienpakets mit $+2\frac{1}{2}\%$ merklich, die verfügbaren Einkommen wegen überdurchschnittlicher Gewinnsteigerungen noch stärker.

Das Wachstum des privaten Konsums liegt – der Kaufkrafterhöhung entsprechend – mit fast 3% deutlich über dem längerfristigen Durchschnitt. Die meisten Konsumsparten entwickeln sich günstig. Nur die Neuzulassungen von Autos stagnieren, sie sind im Vorjahr kräftig gestiegen. Im Jahr 2001 wird das Konsumwachstum etwas nachlassen, weil die restriktiven Budgetmaßnahmen die Masseneinkommen (Beamtengehälter und Pensionen) drücken.

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoinlandsprodukt, real					
OECD insgesamt	+ 3,4	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,8	+ 3,0
USA	+ 4,2	+ 4,3	+ 4,1	+ 4,5	+ 3,0
Japan	+ 1,6	- 2,5	+ 0,3	+ 1,0	+ 2,0
EU	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,4	+ 3,3	+ 3,0
Euro-Raum	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,4	+ 3,5	+ 3,3
Deutschland	+ 1,4	+ 2,2	+ 1,5	+ 3,0	+ 3,0
Ost-Mitteuropa ¹⁾	+ 4,7	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,2	+ 4,8
Welthandel, real	+10,0	+ 5,4	+ 5,7	+10,5	+ 8,3
OECD-Exporte	+10,9	+ 5,7	+ 4,7	+10,5	+ 8,5
Intra-OECD-Handel	+11,3	+ 8,3	+ 6,6	+10,3	+ 8,3
Marktwachstum ²⁾ Österreichs	+ 9,4	+11,5	+ 3,8	+ 8,5	+ 8,0
Weltmarkt-Rohstoffpreise³⁾					
Insgesamt	- 2,0	-23,0	+13,0	+32,0	- 4,0
Ohne Rohöl	+ 1,0	-13,0	- 8,0	+ 6,0	+ 5,0
Erdölpreis ⁴⁾ \$ je Barrel	19,1	12,6	17,3	26,0	24,0
Wechselkurs \$ je ECU bzw. Euro	1,134	1,121	1,07	0,96	1,08

¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Die Sachgüterproduktion wird sowohl durch die lebhaftere Inlandsnachfrage als auch den Exportboom angeregt. Sie nimmt heuer um mehr als 6% und nächstes Jahr um 5% zu. Die Bauproduktion wächst weiterhin unterdurchschnittlich (+1%): Die geringe Nachfrage nach Wohnungen drückt den Neubau, von der öffentlichen Hand (z. B. Ermessensausgaben) ist im Zuge der Budgetkonsolidierung eine restriktive Auftragsvergabe zu erwarten. Der Anteil der Bauwirtschaft am BIP, der im internationalen Vergleich hoch ist, nähert sich damit dem EU-Durchschnitt.

Im Tourismus kann heuer ein Zuwachs der realen Deviseneinnahmen um 2% erwartet werden. Die Wintersaison ist erfolgreich verlaufen. Ob die EU-Sanktionen signifikante Auswirkungen auf den Konferenztourismus haben, kann nicht vor dem Herbst beurteilt werden.

ZUNEHMENDE INFLATIONSRISEN

Mit der Energieverteuerung, der Erhöhung der Verbrauchsabgaben und der Beschleunigung des Konjunkturaufschwungs nehmen die Inflationsrisiken zu. Im Jahresdurchschnitt 2000 werden die Verbraucherpreise um 2% steigen. Die Inflationsrate liegt damit in Österreich nicht mehr unter dem EU-Durchschnitt.

Konsum, Einkommen und Preise

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				
Private Konsumausgaben¹⁾					
Dauerhafte Konsumgüter	- 3,5	+ 1,9	+ 5,7	+ 3,0	+ 2,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,6
Nettomasseneinkommen	- 2,4	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,7
	In %				
Inflationsrate	1,3	0,9	0,6	2,0	1,7
Kerninflation ²⁾	1,1	1,2	0,8	1,6	2,0

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und Nahrungsmittel.

Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer ¹⁾	+ 0,7	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,5
Vollzeitäquivalent	+ 1,3	+ 3,2	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,9
Realeinkommen je Arbeitnehmer ¹⁾					
Brutto	- 1,1	+ 2,1	+ 1,4	- 0,2	+ 0,8
Netto	- 3,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5
Nettomasseneinkommen, nominell	- 0,7	+ 3,3	+ 3,5	+ 4,5	+ 3,4
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,6
Sachgütererzeugung	- 4,0	- 0,7	- 0,5	- 2,3	- 1,8
Relative Lohnstückkosten ²⁾					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 3,5	+ 0,5	- 1,6	- 3,2	- 0,4
Gegenüber Deutschland	+ 1,3	+ 1,5	- 0,1	- 1,6	- 1,3
Effektiver Wechselkurs Industriewaren					
Nominell	- 1,8	+ 0,6	- 0,8	- 1,1	+ 1,3
Real	- 2,7	- 0,0	- 1,4	- 1,1	+ 1,0

¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Hauptursache des Preisaufliebs ist die Energieverteuerung – der Index ohne Energie weist eine Steigerung von nur knapp 1 1/2% aus. Ein weiterer Grund der Inflationsbeschleunigung ist die Erhöhung der indirekten Steuern, sie wird den Verbraucherpreisindex ab Juni um rund 1/2% anheben.

Die von der OPEC beschlossene Anhebung der Förderquoten könnte eine ruhigere Entwicklung der Erdölpreise einleiten. Da der Beitrag der Energieprodukte zum Preisauflieb 2001 wegfallen dürfte, wird die Inflationsrate auf 1,7% zurückgehen. Die „Kerninflation“ (ohne Energie und Nahrungsmittel) steigt jedoch deutlich von 0,8% 1999 auf 2% 2001, weil die Energieverteuerung zum Teil weitergewälzt wird und die Konjunktur anzieht.

Der anhaltende Rückgang der Beschäftigung in der – gewerkschaftlich relativ gut organisierten – Sachgüterproduktion bremst tendenziell die Überwälzung von Preis- und Gewinnerhöhungen auf die Löhne. Gemeinsam mit den hohen Produktivitätssteigerungen trägt dies dazu bei, dass die Inflation auch in der Hochkonjunktur niedriger als in der Vergangenheit bleibt und die Lohnquote tendenziell zurückgeht.

Neben der Stabilität der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten werden auch Senkungen der Stromtarife

Produktivität

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Gesamtwirtschaft					
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,2	+ 2,9	+ 2,1	+ 3,5	+ 3,2
Erwerbstätige ¹⁾	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 0,7	+ 1,9	+ 0,7	+ 2,1	+ 1,9
Vollzeitäquivalent	+ 1,3	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,5	+ 2,3
Sachgütererzeugung					
Produktion ²⁾	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,3	+ 6,3	+ 5,0
Beschäftigte ³⁾	- 1,4	+ 0,1	- 0,7	± 0,0	± 0,0
Stundenproduktivität ⁴⁾	+ 5,4	+ 3,2	+ 3,6	+ 4,7	+ 5,0
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	- 0,1	+ 0,1	- 0,6	+ 1,5	± 0,0

¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Österreich.

Arbeitsmarkt

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000				
Nachfrage nach Arbeitskräften					
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	+ 8,8	+22,1	+32,2	+42,4	+40,1
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾	+ 8,3	+21,1	+31,2	+40,5	+38,1
Ohne Präsenzdienler und Bezieher von Karenzgeld	+12,8	+29,8	+37,2	+44,0	+39,0
Veränderung gegen das Vorjahr in %	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,3
Präsenzdienler und Bezieher von Karenzgeld ¹⁾	- 4,4	- 8,7	- 6,0	- 3,5	- 0,9
Ausländische Arbeitskräfte	- 1,6	- 0,2	+ 7,8	+15,0	+17,0
Selbständige ²⁾	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,0
Angebot an Arbeitskräften					
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige)	+13,5	+11,0	+15,9	+16,4	+13,8
Erwerbspersonen im Inland	+11,7	+26,5	+16,2	+17,4	+23,1
Ausländer	- 1,7	+ 0,7	+ 6,6	+13,0	+16,0
Wanderung von Inländern	+ 5,4	+ 3,9	+ 3,0	- 1,5	- 2,0
Inländer	+ 8,0	+21,9	+ 6,6	+ 5,9	+ 9,1
Überschuss an Arbeitskräften					
Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾	+ 2,8	+ 4,4	-16,1	- 25,0	-17,0
Stand in 1.000	233,3	237,8	221,7	196,7	179,7
Arbeitslosenquote					
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,4	4,5	3,7	3,5	3,4
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,4	6,5	6,0	5,3	4,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	7,1	7,2	6,7	5,9	5,3
Erwerbsquote ⁴⁾	67,2	67,6	67,7	67,8	68,1
Beschäftigungsquote ⁵⁾	62,9	63,2	63,6	64,2	64,8

¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴⁾ Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – ⁵⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

und Telefongebühren, verhaltene Mieterhöhungen sowie die zu erwartende Festigung des Euro-Kurses den Preisanstieg bremsen.

Die Lohnrunde im Herbst wird wegen des deutlichen Anziehens der Inflation und der stärkeren Produktivitätszuwächse wahrscheinlich höher ausfallen als im vergangenen Jahr. Gerade vor der Lohnrunde wird die Inflationsrate ihren Höchstwert erreichen, weil Energie noch deutlich teurer ist als im Vorjahr und die Anhebung der indirekten Steuern bereits voll preiswirksam ist.

STARKER RÜCKGANG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Die Arbeitslosigkeit nimmt 2000 und 2001 stark ab. Der Rückgang der Zahl der inländischen Arbeitslosen ist etwa gleich groß wie der Anstieg der inländischen Beschäftigten. Gemäß AMS dürfte die Arbeitslosenquote 2001 auf 5,3% sinken.

Der kräftige Konjunkturaufschwung verbessert die Arbeitsmarktlage in Österreich wie in der gesamten EU rasch. Nicht allein rigide Arbeitsmarktstrukturen waren demnach für die hohe Arbeitslosigkeit in Europa verantwortlich, sondern auch zu geringes BIP-Wachstum.

In Österreich nimmt die Zahl der Beschäftigten heuer und im nächsten Jahr um rund 40.000 zu. Das betrifft stärker Vollzeitarbeitsplätze. Gemessen am Wirtschaftswachstum ist dieser Zuwachs an Arbeitsplätzen mäßig – d. h. die Arbeitsproduktivität steigt kräftig, wie dies in Aufschwungsphasen üblich ist. Die Produktivität je Vollzeitarbeitskraft erhöht sich heuer um 2½%. Besonders ausgeprägt ist der Produktivitätsfortschritt im Sachgüterbereich: Hier wurde die Produktion im I. Quartal 2000 gegenüber dem Vorjahr um 7½% ausgeweitet, die Zahl der Arbeitsplätze jedoch leicht verringert (zum Teil durch Outsourcing und längere Arbeitszeit).

Die Arbeitslosigkeit geht stark zurück (–25.000 im Jahr 2000), mehr als von der Beschäftigungsentwicklung her zu erwarten wäre. Die Schulungsmaßnahmen wurden –

mit Ausnahme von Wien – nicht ausgeweitet. Etwa 55% der Abgänger aus der Arbeitslosigkeit nehmen eine Beschäftigung auf.

Das WIFO revidiert seine Prognose der Arbeitslosigkeit deutlich nach unten. Die Arbeitslosenquote (laut AMS) sinkt 2000 auf 5,9% und 2001 auf 5,3%. Die von Eurostat errechnete und vom Arbeitmarktservice fortgeschriebene Arbeitslosenquote geht heuer sogar auf rund 3,5% zurück und erreicht damit die im Nationalen Aktionsplan angestrebte Marke vorzeitig. Diese Berechnung ist jedoch starken Revisionen unterworfen: So wurde die Arbeitslosenquote für 1999 von 4,4% auf 3,7% revidiert. Größere Änderungen in die Gegenrichtung sind nicht auszuschließen.

Abgeschlossen am 30. Juni 2000.